

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 108 (1982)
Heft: 47

Illustration: [s.n.]
Autor: Barták, Miroslav

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Unverhältnismässigkeit der Mittel und der gesunde Menschenverstand

Man liest in letzter Zeit immer häufiger und in immer anderem Zusammenhang dies oder jenes über die Unverhältnismässigkeit der angewandten Mittel. Es handelt sich da stets um Politik. Und eben darum, dass, um dies oder jenes zu erreichen, die dazu angewandten Mittel zu bedeutend, meist in negativem Sinn, also zu furchtbar, zu verheerend gewesen seien, furchtbarer, verheerender jedenfalls als erforderlich.

Die grossen Beispiele der letzten Monate: der Konflikt um die Falkland-Inseln, der Krieg in Libanon. Hierzu einige Anmerkungen. In beiden Fällen und in vielen anderen ist es klar, dass es

sich bei der Klage, respektive der Anklage, die eine «Partei», Grossbritannien oder Israel habe sich unverhältnismässig harter Mittel bedient, um das jeweilige Ziel zu erreichen, um rein subjektive Ansichten handelt – der Medien oder auch der Sprecher anderer Mächte, keineswegs um Feststellungen von über jeden Zweifel erhabenen Tatsachen.

Solche Feststellungen wären ja nur möglich, wenn die Kritik sich mit den Kritisierten darüber einig wäre, was – mit welchen Mitteln immer – erreicht werden sollte oder gar musste. Im Falkland-Konflikt handelte es sich aber nicht, wie die Kritik behauptete und zu behaupten nie müde wird,

um einige winzige Inseln, die ein Land einem anderen weggenommen hatte, sondern natürlich darum, ob ein Land einem anderen ohne weiteres und ohne Konsequenzen etwas wegnehmen dürfe. Vor und auf Falkland hat Grossbritannien die Unverletzlichkeit seiner Existenz überall auf der Welt verteidigt, also seine Existenzberechtigung. Gibt es Mittel, die dafür zu gross wären?

In Libanon hat Israel nicht die PLO davon abschrecken wollen, immer wieder auf unweit der Grenze gelegene Siedlungen zu schiessen und die im libanesi-

schen Krieg so oft genannten Mütter und Kinder – hier allerdings «nur» jüdische – in die Keller zu jagen oder umzubringen. Israel kämpfte gegen die Ermordung israelischer Sportler, nicht nur in München, sondern überall auf der Welt, um die Sicherheit aller Juden überall auf der Welt, nicht entführt zu werden. Krieg um die Sicherheit aller Juden. Welche Mittel wären in einem solchen Kampf zu grausam? Und wer setzte das Leben unschuldiger Zivilisten bei einem Kampf aufs Spiel – diejenigen, die angreifen, oder diejenigen, die sich nach ihren Angriffen hinter Zivilisten verschanzten? Ist nicht auch das eine Unverhältnismässigkeit der Mittel?

Oder anders herum: Seit Jahren, seit Jahrzehnten leidet die Welt unter den Angriffen von Terroristen, die sich nie scheuen, das Leben Unschuldiger aufs Spiel zu setzen oder gar mit Vorbedacht zu vernichten. Von der Baader-Meinhof-Bande über die Roten Brigaden zieht sich ein Kreis von Mördern, die sich als politisch firmieren – obwohl ohne jede Berechtigung dazu –, um den ganzen Erdball. Wann immer die empörte Öffentlichkeit nach Gegenmassnahmen verlangt, etwa neuen Gesetzen oder Verordnungen, erklären Regierungen oder Stadtparlamente, solche seien nicht notwendig, die bestehenden Gesetze genügen durchaus, sie müssten nur ausgeschöpft werden. Das erklären zum Beispiel die deutschen Sozialdemokraten seit Jahren. Aber diese vorhandenen Mittel genügen eben nicht, und so kam es in Deutschland und Italien und auch in vielen anderen Ländern zu «politischen» Morden am laufenden Band. Und in Frankreich gar liess man unter dem Vorwand, es handle sich um politische Verbrechen, den bereits verhafteten Araber laufen, der seinerzeit die Ermordung der israelischen Sportler in München initiiert hatte, und findet keine Möglichkeit, die Morde an Juden im eigenen Land, vornehmlich in Paris, aufzuklären, geschweige denn zu stoppen. Ja, Frankreich ist geradezu zu dem Buen retiro der terroristischen Verbrecher geworden. Kann man hier nicht auch von einer Unverhältnismässigkeit der Mittel sprechen? Muss man es nicht?

